Herr Parpart machte ergänzend darauf aufmerksam, dass ein Angebot der AWO Kita Rasselbande in Gestalt eines interkulturellen Müttertreffs sowie eine Übersicht über die Schülerzahlen der Stadt Sankt Augustin zusätzlich zum Integrationsbericht bereits ausgeteilt wurden. Jeweils ein Abdruck beider Mitteilungen ist der Niederschrift als Anlage (Anlage 1 und Anlage 2 zu TOP 4) beigefügt.

Herr Montexier bat um Erklärung des sich für ihn ergebenden Widerspruchs auf Seite 4 der Verwaltungsvorlage. In Absatz 2 werde erwähnt, dass die Einwohnerzahl Deutschlands nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Jahr 2012 erneut zugenommen habe. In Absatz 3 sei jedoch von einem Bevölkerungsrückgang von bis zu 25 Prozent die Rede.

Herr Klein erläuterte daraufhin, dass sich die beiden Angaben zwar widersprächen, jedoch aufgrund des demografischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland in den kommenden Jahren ein Bevölkerungsrückgang - trotz der Zunahme der Einwohnerzahl im Jahre 2012 - erwartet werde.

Herr Radke fragte bezüglich des Islamunterrichtes in NRW, erwähnt auf Seite 26 unter Punkt 3, ob dieser in den Grundschulen der Stadt Sankt Augustin eingeführt worden sei. Herr Klein erwiderte, dass eine Einführung des Islamunterrichtes an Sankt Augustiner Grundschulen nicht bekannt sei, dies jedoch noch genau eruiert werde.

Frau Vilchez erkundigte sich, ob es möglich sei für den nächsten Integrationsbericht Daten über Zwangsheiraten herauszufinden und entsprechend dem Integrationsbericht hinzuzufügen. Herr Parpart teilte daraufhin mit, dass eine Anfrage bei pro familia erfolgen könne und somit die Nachfrage nach Daten zu Zwangsheiraten aufgegriffen werde.

Weiterhin bedankte sich Herr Lienesch für die CDU-Fraktion für den vorgelegten Integrationsbericht und bat um Auskunft zu Seite 18, Punkt 1.7 Asylbewerber und Geduldete im Stadtgebiet, ob es weitere aktuelle Erkenntnisse - auch vor dem Hintergrund der Syrienproblematik - gäbe.

Herr Parpart führte hierzu aus, dass momentan die aufgenommenen Personen alle noch untergebracht werden konnten, jedoch die Unterbringungskapazitäten insbesondere für Einzelpersonen nun erschöpft seien. Es werde zukünftig weitere Zuweisungen geben und die Stadt Sankt Augustin sei zur Unterbringung verpflichtet. Demnach werde zeitnah ein Vorschlag an die Politik erfolgen, da entweder neue Standorte geschaffen oder vorhandene Standorte erweitert werden müssten.

Herr Montexier erfragte abschließend, ob der Verwaltung Daten zu Scheinehen bekannt seien sowie zu Fällen von Asylanten, die ausgewiesen wurden, beziehungsweise zu Fällen der unbilligen Härte, bei denen die ausgewiesenen Asylanten dennoch in Deutschland verweilen durften. Herr Klein erklärte, dass es sich bei der Frage um Zuständigkeiten der Ausländerbehörde des Rhein-Sieg-Kreises handele und die Verwaltung somit keine Daten vorliegen habe. Herr Parpart unterbreitete den Vorschlag, dass seitens der Mitglieder des Integrationsrates eine konkrete Anfrage zu diesen aufgeworfenen Fragen formuliert werden und die entsprechenden Auskünfte dann

seitens der Verwaltung bei der Ausländerbehörde des Rhein-Sieg-Kreises abgefragt werden könnten. Herr Montexier stimmte diesem Vorschlag zu.

Die Vorsitzende, Frau Rubin, bedankte sich im Namen aller im Integrationsrat vertretenen Gruppierungen bei der Verwaltung, namentlich Herrn Klein und Herrn Parpart, für den umfangreichen Integrationsbericht.